

Kreistag

des

Main-Taunus-Kreises

XVIII. Wahlperiode

Drucksache XVIII/I b/070
Haupt- und Organisationsamt

ausgegeben am:
04.05.2017

Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion, betr.: Flüchtlingskosten, die nicht vom Bund bzw. vom Land übernommen wurden

Der Kreisausschuss wird um folgende Auskunft gebeten:

- Wie hoch sind die Kosten, die dem Kreis durch die Migranten entstanden sind, die seit dem Herbst 2015 gekommen sind, Jahr für Jahr? Diese Kosten sollen aufgeschlüsselt und in einer lesbaren Systematik dargestellt werden.
- Welche Beträge wurden vom Bund über das Land Hessen als Ausgleich dafür in jedem Jahr erstattet?
- Welche Beträge musste der MTK in jedem Jahr selbst finanzieren?
- Wieviel wurde davon auf die Kommunen im Kreis umgelegt?
- Wieviel haben die Migranten jeden Bürger des Main-Taunus-Kreises seit dem Herbst 2015 gekostet?

Begründung:

Die Bundeskanzlerin hatte mehrfach versprochen, dass für die Finanzierung der Flüchtlingskosten keine zusätzlichen Belastungen auf die Kreise und Kommunen zukommen werden. In der Tat hat der Bund den Ländern entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt.

Es ist aber bekannt, dass es großen Streit um die Verteilung dieser Mittel gibt. Viele Kommunen beklagen sich, dass sie auf Kosten sitzen bleiben.

Die Situation im MTK soll deshalb transparent gemacht werden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Freiberg in Sachsen hat sogar kürzlich eine Rechnung an die Bundeskanzlerin geschickt und um Ausgleich der entstandenen Kosten in Höhe von 736.200 € für 1.700 Migranten gebeten (Quelle: Focus online vom 10.04.2017).

Gez.
Wilfried Klinger
Stv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Dr. Heinrich Passing
Fraktionsgeschäftsführer